

Krisen-Rezepte aus den polnischen Beskiden

Ostmitteleuropa-Wirtschaftsforum Krynica sucht Wege zur ökonomischen Gesundung

Das Wirtschaftsforum im polnischen Krynica, das sich als eine Art «Davos Ostmitteleuropas» sieht, hat sich mit den Herausforderungen der Krise für die Region beschäftigt. Divergierende Lösungsansätze legten eine gewisse Ratlosigkeit offen.

Rudolf Hermann, Krynica-Zdroj

Glückliche Kühe auf saftigen Weiden, wo schon die Heustöcke für den Winter bereitstehen, klare Bergbäche, die durch waldige Täler murmeln, eine anmutige Postkartenlandschaft, die zum Verweilen einlädt – der Bergzug der polnischen Beskiden erscheint dem Beobachter als Ort, wo die Welt in Ordnung ist. Doch in Ordnung ist die Welt nicht, das wissen die rund 2500 Politiker, Wirtschaftsführer, Experten und Journalisten, die sich Anfang September im hübschen Badestädtchen Krynica-Zdroj nahe der polnisch-slowakischen Grenze einfanden. Denn die 22. Ausgabe des seit dem Zusammenbruch des Kommunismus alljährlich stattfindenden Wirtschaftsforums, das sich mitunter ambitioniert als «Davos Ostmitteleuropas» bezeichnet, trug ein Motto, das es mit der Lieblichkeit der Umgebung nicht aufnehmen konnte: «Europa und die Welt im Angesicht der Krise – neue Visionen für schwierige Zeiten.»

Brüchige Zuversicht

Anzeichen von Krise blieben den Delegierten bereits auf dem Weg zu den Veranstaltungen im abgesperrten Kurbad-Komplex nicht verborgen: Das Konferenz-Café wurde von «Biedronka» betrieben, Polens grösster Budget-Supermarktkette. In den Sälen wurde bei 6 Plenumsveranstaltungen und rund 100 thematischen Seminaren auf breiter Front nach Antworten auf die Herausforderungen der Gegenwart gesucht, vor allem natürlich im Bereich der Wirtschaft, aber auch von Politik über Soziologie bis Kultur. Die Frage, was mit der Europäischen Union und der Gemeinschaftswährung ihres Kerns geschehen soll, kann oder wird, brannte natürlich allen auf der Zunge.

Es herrschte eine etwas brüchige Zuversicht, dass mindestens im kürzerfristigen Horizont die Euro-Zone das Gewitter überstehe, weil seitens der entscheidenden politischen und administrativen Akteure der Wille dazu vorhanden sei. Doch wurde festgehalten, dass es auch ohne einen unmittelbaren Zerfall der Euro-Zone beunruhigende Perspektiven gebe. Etwa ein anhaltendes

Auseinanderdriften einzelner Blöcke und eine Fragmentierung innerhalb der EU, was zu einem lange sich hinziehenden Prozess werden könnte. Für die Unternehmen sei die damit verbundene Unsicherheit vielleicht sogar verheerender als ein negatives Szenario, auf das man sich einstellen könne.

Dies identifizierte auch die Beratungsfirma PricewaterhouseCoopers (PwC), deren polnischer Ableger in Krynica einen umfassenden Report über mögliche wirtschaftliche Bedrohungen Zentral- und Osteuropas präsentierte, als Problem für das Geschäftsklima. Unter dem wenig Optimismus verheissenden Titel «Approaching Storm» macht der Bericht vier hauptsächliche Risikobereiche aus für die Länder der Region: Erschütterungen durch eine mögliche Rezession in der EU, beschränkter Spielraum vieler Staaten, einer solchen Rezession durch makroökonomische Massnahmen zu begegnen, Schwierigkeiten, die sich aus übermässiger Verschuldung in Fremdwährung ergeben könnten, und neue Belastungen des Bankensystems.

Mit Bezug auf Wachstumsprognosen des Internationalen Währungsfonds (IMF), die von einer relativ kurzen Phase flacher Kontraktion ausgehen, schreibt PricewaterhouseCoopers, dass ein solches Szenario zwar durchaus möglich sei, die Lage sich aber auch dramatisch verschärfen könnte. Eine Rezession in Westeuropa stelle dabei für die Entwicklung der Realwirtschaft vor allem für die kleinen und deutlich exportorientierten Volkswirtschaften der baltischen Republiken, Sloweniens, Ungarns, Tschechiens, der Slowakei und Bulgariens ein Risiko dar. Bei letzterem Land komme als Komplikation noch die Nachbarschaft und enge wirtschaftliche Verflechtung mit Griechenland hinzu, was auch auf das bulgarische Bankensystem ausstrahle.

Fehlendes Instrumentarium

Ostmitteleuropa sei heute zwar besser auf eine mögliche Krise vorbereitet als 2009, sagte der Chefökonom von PwC Polen, Witold Orlowski, bei der Erläuterung des Berichts. Die Schwierigkeit liege nun aber darin, dass wirtschaftspolitische Führer, auch wenn sie drohende Probleme erkannt hätten, nicht mehr unbedingt über das Instrumentarium verfügen, um ihnen zu begegnen. Dies gelte im fiskalischen Bereich vor allem in Ländern mit hoher Gesamtverschuldung und übermässigem Haushaltsdefizit, im monetären Bereich so dann in Ländern, die entweder schon Mitglieder der Euro-Zone seien oder ihre Währung an die europäische Ge-

meinschaftswährung gekoppelt hätten (6 der 10 ostmitteleuropäischen EU-Staaten) und damit nicht über die Wechselkurspolitik auf Erschütterungen reagieren könnten.

Die Frage der Kohäsion

Angesichts zu erwartender wirtschaftlicher Probleme und der individuellen Bedürfnisse einzelner Länder zur Krisenbewältigung nahm die Frage der europäischen Kohäsion einen Raum in den Diskussionen ein. So wurde etwa seitens eines Vertreters eines multinationalen Konzerns angeregt, die EU solle Mittel, die jetzt in die Kohäsionspolitik flössen, zukunftsträchtiger verwenden, indem sie zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Blocks eingesetzt würden. Denn diese gelte es im heutigen weltwirtschaftlichen Umfeld primär zu verbessern.

Der polnische Ex-Präsident Kwasniewski, unter dessen Ägide Polen den EU-Beitritt wesentlich erarbeitet und auch vollzogen hatte, hielt hingegen einflammendes Plädoyer für Solidarität. Das «Projekt Europa» dürfe sich nicht von der Krise zermahlen lassen. Die europäische Einigung habe zuerst die Gräben des Zweiten Weltkriegs und dann des Kalten Kriegs zugeschüttet. Europa stehe nun vor der Aufgabe, seinen Platz in der neuen Architektur der Welt mit den aufstrebenden Regionen Asien, Südamerika und Afrika zu finden. Versuche es dies als Raum zersplitterter Einzelkämpfer, sei ein Scheitern programmiert, nötig sei vielmehr weitere Integration. Nationaler Egoismus sei jetzt die grösste Gefahr.

Zukunftsvisionen

Auf etwas konkreterer und detaillierter Ebene setzten sich diverse Branchen mit den Zukunftsperspektiven auseinander. So präsentierte etwa der in Polen stark engagierte Elektrotechnik-Konzern Schneider Electric sein Konzept «intelligenter Städte». Polen sei ein gutes Beispiel dafür, wie weltweit mehr und mehr Leute westlichen Lebensstandard erreichen wollten, erklärte Jacek Lukaszewski, Präsident von Schneider Polska. Dem dadurch steigenden Energieverbrauch müsse mit smarten und vernetzten Lösungen entgegengesetzt werden. Energieeffiziente Bürohäuser etwa würden in Polen von den Kunden zunehmend nachgefragt. Auch im öffentlichen Sektor gebe es erste Anzeichen von Energiebewusstsein, nicht zuletzt durch den Druck, der von der EU ausgehe. Doch sei es nötig, dass der Staat durch legislative Massnahmen jetzt mehr Zeichen setze.

Rückversicherer im Härtetest

Utraniedrige Zinsen erlauben keinen Ausrutscher im Underwriting

... In Monte Carlo geben sich führende Exponenten der Erst- und Rückversicherer diese Woche ihr Stellid ein. Wie jedes Jahr wird in den frühen Septembertagen im Fürstentum Monaco über Preistrends, Schadensätzungen, verschärftes Kapitalvorschriften und dergleichen debattiert. Werden die Stellungnahmen der Rückversicherer Munich Re, Swiss Re und Hannover Re zum Richtwert genommen, dürfte in der Runde zur Erneuerung auslaufender Kontrakte im Januar 2013 in vielen Sparten der Preis stabil sein oder leicht nach oben zeigen.

Die Swiss Re erwartet über alle Segmente hinweg einen moderaten Preisanstieg, wobei auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, unter Einrechnung noch spärlich fließender Zinseinnahmen eine ansprechende Verzinsung des eingesetzten Risikokapitals zu erreichen. Sehr niedrige Zinsen und weltweit verschärftes Solvenz-Anforderungen würden für anziehende Preise von

Rückversicherungsdeckung sprechen; doch die sehr tiefen Inflationsraten sowie die Auflösung zu grosszügig gestellter Reserven für vergangene Jahre wirkten in die andere Richtung. Es wird auf die Gefahr hingewiesen, dass man sich wegen zinsbedingt hoher nichtrealisierter Kapitalgewinne auf (mit hohen Coupons ausgestatteten) Obligationen in einer trügerischen Sicherheit wähnen könnte. Während die Ausstattung mit Eigenkapital in einer buchhalterischen Betrachtungsweise (sei es IFRS oder US-GAAP) sehr komfortabel aussehe, könne nicht genug davor gewarnt werden, dass dies die ökonomisch relevante Kapitalkraft überhaupt nicht spiegelt.

Hannover Re erwartet ebenso wie Swiss Re leicht anziehende Prämiensätze, doch der grösste Rückversicherer der Welt, Munich Re, ist eine Spur zurückhaltender. Die Deutschen vertreten den Standpunkt, zurzeit müssten im Risiko-Management diverse Szenarien im Auge behalten werden, wobei Ver-

werfungen an den Finanzmärkten vor allem die Kapitalanlagen von Erst- und Rückversicherern in Mitleidenschaft zögen. Konkret finden Szenarien wie der Austritt einzelner Mitglieder aus der Euro-Zone oder die Zahlungsunfähigkeit einzelner Staaten – Griechenland grüsst – Erwähnung.

Torsten Jeworrek, der bei Munich Re für das Rückversicherungsgeschäft verantwortlich zeichnet, sieht eine der grössten Herausforderungen darin, beim Stellen von Prämienräten das niedrige Zinsniveau angemessen einzukalkulieren. Die Münchener möchten etwa (langfristig wirkende) Haftpflicht-Deckungen nur noch zu höheren Preisen gewähren, weil langfristig die Anlageerträge ausgesprochen mager ausfallen drohen. Es wird vom inhärenten Risiko gesprochen, dass dereinst Schadenzahlungen bei negativen Realzinsen – nomineller Zins unter der Inflationsrate – gesalzen ausfallen könnten.

«Reflexe», Seite 24

Wie die Löhne, so die Preise

Zusammenhang zwischen Wohlstands- und Preisinsel

Der bedeutendste Grund für das hohe Preisniveau in der Schweiz liegt im hohen Wohlstand. Das erschwert die Wirkung politischer Bemühungen zur Bekämpfung der «Preisinsel Schweiz».

... Schweizer Löhne, EU-Preise: Gemessen an der Rhetorik auf der Bundesberner Politbühne, ist diese Kombination ein verbreiteter Wunsch. So soll einerseits die Personenfreizügigkeit mit der EU ja nicht zu einer Senkung des hiesigen Lohnniveaus führen, während die Schweizer Preise für Produkte und Dienstleistungen doch bitte endlich von ihrem hohen Sockel herunterkommen sollen. Eine im Parlament steckende Motion, welche zur Bekämpfung des «Preisaufschlags Schweiz» für ausländische Firmen einen Lieferzwang gegenüber Schweizer Nachfrägern bei ausländischen Verkaufsstellen durchsetzen will, scheint im Gefolge des Frankenhochs im Parlament auf erhebliche Sympathien zu stossen (NZZ 7.9.12).

Diskrepanz in der EU

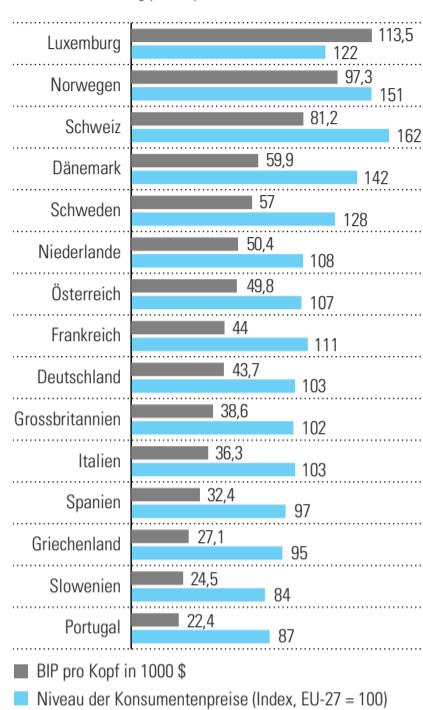
Wer die Schweizer Preisinsel wirklich versenken will, könnte zu einer viel wirksameren Massnahme greifen: Man senke die Löhne auf das Niveau der Nachbarn, und die Preise werden rasch folgen. Doch natürlich will niemand den Teufel mit dem Beelzebub austreiben. Die Literatur hat viele Untersuchungen zu den Bestimmungsfaktoren des Preisniveaus hervorgebracht. Der Zusammenhang zwischen Wohlstand und Preisniveau erscheint deutlich. Geschätzte statistische Zusammenhänge reichen von 0,5 bis 1 – das heisst, eine Zunahme des Wohlstands um 1% führt tendenziell zu Preiserhöhungen um 0,5 bis 1%. Selbst innerhalb eines «Einheitsmarktes» wie der EU gibt es angesichts der massiven Kaufkraftunterschiede kein einheitliches Preisniveau.

Im teuersten europäischen Land (Norwegen) waren die Konsumentenpreise 2011 im Schnitt fast dreimal so hoch wie im billigsten EU-Land (Bulgarien). Verschiedene Faktoren bremsen die Preisangleichung. Längst nicht alle Güter und Dienstleistungen werden grenzüberschreitend gehandelt, die oft höhere Produktivität der dem internationalen Markt ausgesetzten Sektoren treibt das Lohnniveau auch auf den Binnensektoren an, selbst international handelbare Produkte geniessen einen gewissen Distanzschutz, und Kunden mit hoher Kaufkraft sind tendenziell weniger preisempfindlich.

Die Gegenüberstellung von Wirtschaftsleistung pro Kopf und Preisniveau in 15 europäischen Ländern für 2011 zeigt den Zusammenhang deutlich (vgl. Grafik). Das erklärt schon einen erheblichen Teil der Schweizer Preisinsel.

Hohe Löhne bringen hohe Preise

Wirtschaftsleistung pro Kopf und Preisniveau, 2011



■ BIP pro Kopf in 1000 \$

■ Niveau der Konsumentenpreise (Index, EU-27 = 100)

QUELLEN: EUROSTAT, WELTBANK

NZZ-INFOGRAPHIK/eff.

Luxemburger Muster?

Erklärungsbedürftig ist besonders Luxemburg, das die von der Schweiz angestrebte Kombination von hohem Wohlstand mit «anständigem» Preisniveau am ehesten zu schaffen scheint. Ein massgebender Faktor dürfte Luxemburgs Kleinheit sein: Das Herzogtum ist mit seinen gut 500 000 Einwohnern flächennässig nur knapp so gross wie der Kanton Tessin, weshalb Anbieter auf diesem Markt nur wenig Distanzschutz gegenüber den Nachbarländern Deutschland, Frankreich und Belgien geniessen. Das Schweizer Preisniveau erscheint zwar als sehr hoch, aber gemessen am Wohlstand nicht unerklärlich hoch. Kaufkraftbereinigt sieht die OECD die Schweiz für 2011 hinter Luxemburg und Norwegen wohlstandsmässig auf dem respektablen dritten Platz, deutlich vor den Nachbarländern.

All dies heisst nicht, dass in der Schweiz kein Potenzial für Preissenkungen besteht. Sektorielle Marktbarrieren etwa in der Landwirtschaft sowie das Kartellrecht mögen Ansatzpunkte für die Politik liefern. Doch die Erwartungen für breite Preissenkungen sind wohl besser nicht allzu gross.

Lahmende Wirtschaft in Japan

Sinkende Exporte im Juli

(dpa) · Japans Wirtschaft steckt im Sog der schwachen Weltwirtschaft. Das Bruttoinlandprodukt (BIP) der drittgrössten Volkswirtschaft der Welt wuchs vor dem Hintergrund der Abkühlung auf Japans wichtigen Exportmärkten im zweiten Quartal des laufenden Kalenderjahres nur mit einer hochgerechneten Jahresrate von 0,7% – und nicht wie zunächst geschätzt um 1,4%. Die am Montag von der Regierung vorgelegten Daten verstärken laut Ökonomen die Zweifel an einer weiteren Erholung der Wirtschaft. Vielmehr befürchten viele im späteren Jahresverlauf ein neuerliches Abgleiten in die Rezession. Zum Vorquartal legte die Wirtschaft nur noch um 0,2% zu.

Wie die Regierung in Tokio weiter mitteilte, schrumpfte der Leistungsbilanzüberschuss des Landes im Juli um 40,6% auf 625,4 Mrd. Yen (7,5 Mrd. Fr.). Die Exporte sanken den zweiten Monat in Folge, diesmal um 7,4%.

Früherer UBS-Banker darf nicht ausreisen

US-Gericht lehnt Antrag ab

cei. Washington · Der frühere UBS- und CS-Banker C. B. kann die USA nicht verlassen, um seine Familie in der Schweiz und in Griechenland zu besuchen. Er hatte in seinem Gesuch argumentiert, alle bisherigen Anordnungen des Gerichts mustergültig erfüllt zu haben. Ein Distriktrichter in Florida hat den Antrag am Freitag jedoch abgelehnt. Die Richterin erklärte, die Aufhebung der Reisebeschränkung wäre eine Einladung zur Flucht. Sie schloss sich damit der Staatsanwaltschaft an. Dem Banker wird vorgeworfen, er habe bei der UBS Amerikanern geholfen, Steuern am Fiskus vorbeizuschleusen. Formell angeklagt wurde er bisher aber nicht. Er befindet sich seit Januar 2011 in Gewahrsam der Behörden. Der 45-Jährige ist nicht hinter Gittern. Ihm wurde gegen eine Kautions Bewegungsfreiheit im Gerichtsbezirk eingeräumt. Dem Banker droht bei einer Verurteilung eine Haftstrafe bis zu fünf Jahren.